

## TEXTE ZUM

# KOMMUNISMUS IN BULGARIEN

Christo Christov

### **Die Errichtung der kommunistischen Diktatur in Bulgarien**

**September 1944 – Dezember 1949**

#### **1. Die Lage im Jahr 1944**

Die Kriegserfolge der Roten Armee in der ersten Jahreshälfte 1944 nötigten die bulgarische Regierung, einen Ausweg aus der nun brisanten Lage des Landes zu suchen, in die sie es durch den Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt 1941 gebracht hatten. Moskau setzte Sofia ebenfalls unter Druck, obwohl es Bulgarien gelungen war auszuhandeln, dass seine Soldaten nicht an der Ostfront eingesetzt wurden. Am 18. Mai 1944 überreichte die sowjetische Regierung eine Note, die Bulgarien aufforderte, das Bündnis mit Deutschland unverzüglich zu beenden. Noch am selben Tag trat die Regierung Dobri Boshilov zurück, um einer Antwort auszuweichen. Das am 1. Juni 1944 gebildete Kabinett Ivan Bagryanov stand nun vor der schweren Aufgabe, eine Entscheidung für die sich zuspitzende Krise zu finden. Sofia versuchte aus dem Krieg auszutreten und nahm Kontakte zur britischen und amerikanischen Diplomatie auf.

Am 12. August 1944 traten die parlamentarische Opposition und die Vaterländische Front mit einer Deklaration zur Schaffung einer „neuen konstitutionellen Regierung“ an die Öffentlichkeit. Die Vaterländische Front war auf kommunistische Initiative hin zwei Jahre zuvor gegründet worden. Sie verstand sich als eine Art Bündnis der antifaschistischen Kräfte in Bulgarien. Auf Druck Moskaus und einer entsprechenden Direktive Georgi Dimitrovs zog die Vaterländische Front ihre Beteiligung an der Deklaration jedoch zurück.

Nach dem Erfolg der militärischen Operation im ukrainischen Jash und Kishinew erreichte die Rote Armee Ende August 1944 die Donau. Rumänien wurde zur Kapitulation gezwungen. Die Schwarzmeerflotte und die Luftwaffe der UdSSR hatten nun auch zu Luft und Wasser die Hoheit in der Region. Die 2. Ukrainische Front<sup>1</sup> verfolgte die deutschen Einheiten durch Rumänien, von denen ein kleiner Teil zurückwich und auf bulgarisches Gebiet übertrat.

## **2. Die Eroberung Bulgariens durch die Rote Armee**

### **2.1 Vorbereitungen**

Das Oberkommando der Sowjetarmee plante nun die Invasion Bulgariens. Eine Front wurde zu diesem Zweck abgestellt; Maßnahmen wurden ergriffen, durch schnelle Vorbereitung und blitzartige Durchführung der Operation das Überraschungsmoment zu nutzen.

In der Strategie der UdSSR eröffnete ein solches schnelles Eindringen in Bulgarien die Möglichkeit, eventuelle Maßnahmen Großbritanniens zur Eröffnung einer Balkanfront zu verhindern; die Briten hätten mithilfe von 23 türkischen Einheiten, die in Ostthrakien disloziert waren, Bulgarien besetzen und der Roten Armee zuvorkommen können.

Am 22. August 1944 erreichte Marschall Georgij Shukow, Stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte, das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte. Er erhielt die Aufgabe, einen Plan zur Invasion Bulgariens auszuarbeiten, an dem drei Armeen sowie die 17. Armee der Luftwaffe sowie zwei Gardekorps teilnehmen sollten. Die Gesamtstärke betrug 258.000 Mann, davon 169.000 Mann Infanterie, mit über 6300 Geschützen und Minenwerfern, 470 Panzern und Selbstfahrlafetten sowie über 270 Flugzeugen.

Die Invasionsarmee entsprach in etwa der Stärke der bulgarischen Armee, die knapp über 288.000 Mann umfasste und bei totaler Mobilmachung auf eine halbe Million verstärkt werden konnte. Stalin rechnete folglich mit Kampfhandlungen. Demgegenüber fiel die schwache Präsenz von 22.000 deutschen Soldaten kaum ins Gewicht.

Am 29. August erteilte das Heeresoberkommando Shukow die Aufgabe, die Verbände mit einem Gewaltmarsch in der Dobrudzha an der rumänisch-bulgarischen Grenze zu konzentrieren.

Zuerst traf die 46. Armee ein. Die 57. Armee folgte am 30. August, und am 2. September wurde auch die 37. Armee in Stellung gebracht. Sie überquerte die Donau und erreichte nach der Durchquerung der Norddobrudzha die Grenze zu Bulgarien.

Die nächste Aufgabe der Front war es, in Bulgarien einzumarschieren und das Territorium entlang der Linie Russe–Arnobat–Burgas unter Kontrolle zu bringen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Einnahme der Städte Varna und Burgas gelegt und der Inbesitznahme der in den dortigen Häfen ankernden deutschen (Kriegs)Schiffe.

Am 5. September erklärte die sowjetische Regierung dem Zarenreich Bulgarien den Krieg. Dies gab der Invasion die formale Grundlage. Das Angebot eines Waffenstillstands von bulgarischer Seite wurde abgelehnt.

### **2.2 Bulgarien vor und nach der Kriegserklärung durch die UdSSR**

Die bulgarische Armee wurde angewiesen, bei einem Einmarsch sowjetischer Truppen keinen Widerstand zu leisten. Am 1. September 1944 befahl der Kriegsminister der Regierung Bagryanov, die eine Woche zuvor Bulgariens Neutralität erklärt hatte, den Befehlshabern im 3. Militärbezirk Varna und im 4. Militärbezirk Pleven den bulgarischen Truppeneinheiten im Falle eines Grenzübertritts der Roten Armee sich nicht in der Nähe der Straßen aufzuhalten, auf denen die russischen Truppen einrückten.

Ohne die Unterstützung der Vaterländischen Front bildete die parlamentarische Opposition am 2. September 1944 eine Regierungskoalition aus der Volkspartei, der Demokratischen Partei und dem Bauernbund (BZNS) mit Konstantin Muraviev als Regierungschef. Dieser bot dessen ungeachtet der Vaterländischen Front die Übernahme von Ministerposten an, doch die Kommunisten (unter dem Namen Bulgarische Arbeiterpartei) und

ihre Verbündeten lehnten ab, da sie sich schon auf den Umsturz vorbereiten.

Die neue Regierung verkündete die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten. Die 1934 suspendierte Verfassung wurde wieder in Kraft gesetzt. Die nicht frei gewählte Volksversammlung wurde aufgelöst. Es wurde eine politische Amnestie erklärt, die Gendarmerie abgeschafft und das Verbot der Bildung politischer Formationen aufgehoben. Die Regierung verkündete das Ende des Krieges mit den USA und England, am 5. September wurden die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Einen Tag später erklärte Bulgarien dem Deutschen Reich den Krieg<sup>2</sup>.

Am 6. September 1944 teilte Bulgariens Kriegsminister den Armeeeinheiten mit, dass die Sowjetunion am Tag zuvor Bulgarien den Krieg erklärt und die Regierung in der Nacht ein Waffenstillstandsgesuch gestellt und beschlossen hat, der Roten Armee keinen Widerstand zu leisten. Die Kommandeure der 3. und der 4. Armee erhielten den Befehl, ihre Einheiten vom Dobrudzha-Grenzstreifen an der Donau in ihre Garnisonen zurückzuziehen.

### **2.3 Erster Tag des Einmarsches**

Am 8. September 1944 frühmorgens gab der die Front befehligende Armeegeneral Fjodor Tolbuchin den Truppen der 3. Ukrainischen Front den Einsatzbefehl zur Überschreitung der rumänisch-bulgarischen Grenze. Die Armeen marschierten ein, ohne zuvor durch Artillerie oder Luftwaffe die Invasion vorbereitet zu haben.

Sowjetische Flugzeuge warfen über Nordostbulgarien und weiteren Gebieten Flugblätter mit einer Ansprache General Tolbuchins an das bulgarische Volk ab: „Bulgaren! Die Rote Armee hat nicht die Absicht, mit dem bulgarischen Volk und seiner Armee zu kämpfen, denn sie sieht das bulgarische Volk als Brudervolk an.“

In dieser Ansprache wurde die Forderung nach Auslieferung der deutschen Truppen in Bulgarien an die Rote Armee gestellt, den sowjetischen Einheiten sollte zudem die Möglichkeit gegeben werden, die versenkten Schiffe der deutschen Wehrmacht zu heben. Dies seien die Bedingungen, unter denen der Kriegszustand aufgehoben und Waffenstillstandsverhandlungen aufgenommen werden könnten.

Die Sowjets trafen nirgendwo auf Widerstand. Die Rote Armee bewegte sich ohne Gefechte durch das Land.

Die 46. Armee, die die rechte Flanke der Front bildete, marschierte an der westlichsten Stelle der Dobrudzha-Grenze in Bulgarien ein. Sie überwand die Donau im Gebiet Silistra, Tutrakan, Russe, unterstützt von der Donaukriegsflottille. Als erstes überschritt die 4. Gardeschützendivision den Fluss. Sie hatte die Aufgabe, die Chaussee nach Sofia bei Russe einzunehmen, um den Grenzübertritt der übrigen Truppen abzusichern. Noch am selben Tag nahm die Armee Russe, Tutrakan, Silistra und die zugehörigen Gebiete ein, ihre Vorhut erreicht Rasgrad.

Zeitgleich mit der 46. Armee überschritt die 57. Armee die Grenze. Um 20 Uhr am selben Tag erreichten ihre vorderen Verbände Schumen und kampierten dort in einem Feldlager nahe der Stadt.

Die 37. Armee an der linken Flanke wandte sich nach der Überschreitung der Grenze in Richtung Dobritsch, Provadiya, Dalgodol. Die vorderen Truppenteile betraten Dobritsch am 8. September um 14 Uhr.

Auf Befehl General Tolbuchins wurde die Invasion der Truppen beschleunigt, damit die Hafenstädte Varna und Burgas so schnell wie möglich eingenommen werden konnten. Das 4. mobile Gardekorps besetzte Varna bis zum späten Abend. Während der Besetzung wurde der Kommandeur der 3. Bulgarischen

Armee, General Nikola Christov, von einem kommunistischen Terroristen ermordet. Der Hafen in Varna wurde von der Schwarzmeerflotte blockiert. Am ersten Tag der Operation legten Teile der Roten Armee zwischen 65 und 80 Kilometer zurück, die Hauptstreitkräfte etwa 30 bis 40. Nordostbulgarien wurde kampflos eingenommen.

In der Nacht auf den 9. September wurde die Regierung in Sofia durch einen Putsch der Vaterländischen Front abgesetzt. Der neue Ministerrat beschloss am selben Tag, eine Delegation zum Stab der 3. Ukrainischen Front zu entsenden. Ihre Aufgabe war es, Verbindung zum Armeeoberkommando herzustellen und es um Einstellung der Operationen der Roten Armee in Bulgarien zu ersuchen; stattdessen sollte eine Kooperation mit der bulgarischen Armee vereinbart werden<sup>3</sup>. Unterstützung bekam die Delegation von Georgi Dimitrov aus Moskau, der mit der 3. Ukrainischen Front ständige Verbindung hielt.

#### **2.4 Zweiter Tag des Einmarsches**

Am frühen Morgen des 9. September eroberten die Sowjets den Hafen von Varna und nahmen die zurück gebliebenen deutschen Seeleute gefangen. In der Stadt wurde eine sowjetische Militärkommandantur errichtet.

Nach der Einnahme von Varna setzte das 4. mobile Gardekorps seine Bewegung nach Süden fort und marschierte in Burgas ein. Zuvor sprangen am Morgen des 9. September achtzig Fallschirmjäger ab, um den Flughafen und den Hafen einzunehmen. Etwas später erfolgte auch die Landung von etwa 400 Marinesoldaten. Am Abend landeten auf dem Flughafen Burgas 70 Jagdflugzeuge, und bis zum 13. September noch einmal 150 Flugzeuge mit 300 Mann Besatzung und zusammen 600 Mann Belegschaft. Die 46. Armee erreichte die Linie Russe-Ispirich und konzentrierte ihre Hauptstreitkräfte in der Gegend von Rasgrad. Die 57. Armee marschierte auf

Schumen. Am Morgen des 9. September rollten die Panzer ihres 7. mobilen Korps in die Stadt ein. Auch hier wurde eine sowjetische Militärkommandantur errichtet<sup>4</sup>.

Die 16. mobile Brigade der 57. Armee bewegte sich weiter nach Karnobat, das sie am Nachmittag des 9. September erreichte. Das 4. mobile Gardekorps erreichte die Gegend von Pomorie, Burgas und Sosopol.

Das Staatliche Verteidigungskomitee der Sowjetunion berücksichtigte die Bitte der Regierung der Vaterländischen Front sowie den Umstand, dass Bulgarien Deutschland den Krieg erklärt hatte, und beschloss, den Kriegszustand mit Bulgarien zu beenden.

Infolge dessen wurden die Kriegshandlungen der 3. Ukrainischen Front in Bulgarien am 9. September um 23 Uhr eingestellt. Die zunächst bis zum 12. September geplante Invasion war in zwei Tagen erfolgreich abgeschlossen<sup>5</sup>.

#### **2.5 Die sowjetischen Truppen in Bulgarien in den ersten Tagen nach dem 9. September 1944**

Am 11. September wurde der Stab der 3. Ukraine-Front in die Landgemeinde Suvorovo bei Varna verlegt. Am 14. September konzentrierten sich die militärischen Verbände im Gebiet von Russe, Nikopol und Oryachovo.

Um Sofia zu erreichen und es an der Westseite zu decken, wurde eine starke militärische Einsatzgruppe gebildet. Sie erreichte Sofia am 15. September.

Vom 13. bis zum 22. September fand auch die Umstationierung der Luftstreitkräfte auf die Flughäfen Sofia, Plovdiv und Lom statt.

Am 13. September traf der Stellvertretende Befehlshaber der 3. Ukrainische Front, Generaloberst Birjusov, in Sofia ein. Später leitete er dort die Sowjetische Kontrollkommission (SKK).

Die 57. Armee verließ Schumen am 20. September und bewegte sich Richtung Vidin, wo sie bis zur Belgrader Operation stationiert wurde.

Teile der 37. Armee wurden nach Südbulgarien verlegt, um vor eventuellen Angriffen von Süden zu schützen. Die Hauptstreitkräfte der 3. Ukrainischen Front verließen das bulgarische Territorium, um am Angriff gegen Deutschland teilzunehmen.

In den Kreisstädten und anderen größeren Städten wurden sowjetische Kommandanturen errichtet. Die sowjetischen Truppen wurden in öffentlichen Gebäuden und in leer stehenden Kasernen stationiert, da die sonst dort stationierten bulgarischen Truppen an Kämpfen beteiligt waren.

Am 16. September 1944 sandte Marschall Tolbuchin Kriegsminister Wertschew einen Brief, in dem er zum Zwecke besserer Kooperation der sowjetischen und der bulgarischen Militärs vorschlug, die bulgarische Armee in operativer Hinsicht dem Kommando der 3. Ukrainischen Front zu unterstellen. Die Regierung der Vaterländischen Front erörterte diesen Vorschlag am folgenden Tag und nahm ihn an<sup>6</sup>.

## **2.6 Kriminelle Akte sowjetischer Militärangehöriger**

Die Präsenz der „Befreier“ war nicht problemlos. Davon zeugen die persönlichen Bitten Georgi Dimitrovs an Stalin und Molotow von Ende September 1944, die von sowjetischen Soldaten verübten Gewalttaten, Plünderungen und Diebstähle zu unterbinden. Als Gegenleistung versprach Dimitrov der sowjetischen Führung, die bulgarische Regierung werde dafür sorgen, dass alle Bedürfnisse der sowjetischen Armee gedeckt würden.

Die verschiedenen kriminellen Handlungen sowjetischer Soldaten gingen bis zum Ende ihres Aufenthaltes in Bulgarien im Dezember 1947 weiter. Davon

zeugen weitere Eingaben Dimitrovs in den Jahren 1946 und 1947. Im April 1947 unterrichtete Birjusow, die Regierung in Sofia, dass für die kriminellen Handlungen gegen bulgarische Bürger sieben sowjetische Militärangehörige „mit Freiheitsentzug zwischen einem und drei Jahren bestraft“ worden seien, darunter auch Offiziere. Die Vergehen hatten entweder mit Eigentumsdelikten oder mit Vergewaltigungen zu tun. Die geringe Zahl verurteilter Rotarmisten hängt vermutlich damit zusammen, dass die Opfer Angst hatten, Straftaten anzuzeigen.

## **3. Die Etablierung der kommunistischen Diktatur unter sowjetischer Besatzung<sup>7</sup>**

### **3.1 Prolog**

Auf den Bajonetten der Roten Armee gelang es den Kommunisten auch in Bulgarien die Macht zu erobern. Sie hatten den Anspruch, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, also alle Lebensbereiche der Bevölkerung, völlig neu zu gestalten.

Diese Ideen fielen bei nicht wenigen Bulgaren durchaus auf fruchtbaren Boden, da sich die bisherigen politischen Kräfte verbraucht hatten und nicht erfolgreich waren. Vor allem die bislang politisch Benachteiligten wie Frauen, Arbeiter, Minderheiten und Jugendliche hatten Sympathien für radikale Reformen. Viele wünschten sich daher diesen Neuanfang, der Freiheit, Gleichheit und Fortschritt versprach.

Es kam allerdings anders. Die Fassade der „Volksfrontregierung“, also die Allianz der oppositionellen Kräfte, wurde bis 1948 durch die Einparteiengierung der Kommunisten ersetzt. Zunächst war es aber das Anliegen der Sowjetunion, innenpolitisch auch andere Parteien an der Regierung zu beteiligen, allerdings ohne ihnen viel Macht zuzugestehen. Außenpolitisch wollte Stalin nicht in

Konflikt mit den Westmächten geraten, denn noch besaß die Sowjetunion keine Nuklearwaffen. Das bedeutete aber nicht, dass Stalin in den besetzten Staaten tatsächlich demokratischen Verhältnissen eine Chance geben wollte oder dass er den Alliierten Einfluss in der Kontrollkommission für Bulgarien gestattete. Es wurde daher die Fassade einer Pseudodemokratie aufrecht erhalten: Oppositionsparteien waren erlaubt, die Pressefreiheit noch nicht wesentlich eingeschränkt, und in der Regierung saßen nicht nur Kommunisten; aber gegen die roten Machthaber lief von Beginn an nichts, sie waren die eigentlichen Herren im Land.

### **3.2 Die Regierung der Volksfront**

Die Regierung der Volksfront kam durch einen Militärputsch an die Macht. In der Nacht vom 8. auf den 9. September 1944 wurden Ministerpräsident Muraviev und sein Kabinett verhaftet, nachdem ein zu den Partisanen übergelaufenes Panzerregiment Sofias Stadtzentrum besetzt hatte.

Unter Oberst Kimon Georgiev als Ministerpräsidenten wurde eine neue Regierung gebildet. Georgiev und auch sein Verteidigungsminister Oberst Damian Veltshev<sup>8</sup> waren keine Kommunisten; sie stammten aus dem militärisch-elitär geprägten Bund „Zveno“. In der Regierung überwog aber der Einfluss der kommunistisch dominierten Vaterländischen Front; die wichtigen Ministerien der Justiz und des Inneren wurden von Mitgliedern der kommunistischen Arbeiterpartei geführt. Gegen die Kommunisten wurde nichts entschieden. Sie zogen die Drähte. So schien auch in Bulgarien der Weg hin zu einer „Volksdemokratie“, also der kommunistischen Diktatur, vorgezeichnet zu sein. Ähnlich wie in Rumänien diente auch in Sofia die Einbindung bürgerlicher Kräfte in eine Marionettenregierung den Kommunisten als Feigenblatt und als erster Schritt zur totalen Machtübernahme. So begann das Regierungsprogramm Georgievs

auch mit dem einfachen Satz: „Herzliche Freundschaft mit der Sowjetunion und ewige Freundschaft mit dem russischen Brudervolk“. Eine seiner ersten Regierungshandlungen war die Amnestie für alle kommunistischen Partisanen, die fortan „Vorkämpfer der Befreiung“ hießen, auch wenn sich ihre Zahl sehr in Grenzen hielt. 1947 war in Artikel 1 der Verfassung Bulgariens die Rede von einem „Volksaufstand vom 9. September 1944“. So wurden Legenden geschaffen, die bis heute wirksam sind.

Allerdings schien Georgiev tatsächlich an die Durchsetzung der Demokratie in Bulgarien zu glauben, obwohl andere es besser wussten. Er äußerte sich gegenüber einem Deutschen Journalisten im September 1944 ziemlich naiv: „Man behauptet, dass Bulgarien ein kommunistisches oder Sowjetregime einführen wolle. Das ist eine gemeine Lüge, und die einzige Wahrheit ist, dass wir ein wahrhaft demokratisches Regime aufrichten wollen, an dem alle fortschrittlichen Kräfte des Landes mitarbeiten. Aus der Tatsache, dass die Kommunistische Partei an der Regierung teilnimmt, sollte man keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen.“

### **3.3 Morde und „Volksgericht“**

Die Regierung der Vaterländischen Front ging im Vergleich zu anderen Staaten des späteren „Ostblocks“ besonders brutal und blutig gegen Vertreter des alten Systems vor. Die Kommunistische Partei trug hierfür im Wesentlichen die Verantwortung. Der beginnende Kalte Krieg trug das seine zur Brutalisierung der Bekämpfung der Opposition bei: „Volksfeinde“, „Verräter“, „Faschisten“ und „Spione“ konnten weder ein rechtsstaatliches Verfahren noch Gnade erwarten. So wurden ab dem 9. September 1944 Tausende Menschen ohne Urteil ermordet oder kurz darauf in Schauprozessen durch sog. „Volksgerichte“ verurteilt. Die Zahl der Ermordeten und spurlos Verschwundenen vari-

iert je nach Angaben zwischen 18.000 und 30.000 Menschen<sup>9</sup>.

Zunächst begannen „Volksmilizen“ im ganzen Land „Säuberungen“ durchzuführen. Sie jagten die Vertreter des alten Regimes und andere „Verdächtige“. Sie unterstanden dem Innenministerium; in ihnen dienten in der Regel ehemalige Partisanen, die nun die Polizeikräfte vollständig ersetzen sollten. Der ein oder andere beglich dabei auch alte, persönliche Rechnungen. Die Milizionäre gingen dabei wahllos vor: Jeder, der sich verdächtig machte oder, besser noch, Eigentum besaß, konnte erschossen werden. Diese Menschen wurden kurzerhand zu „Kollaborateuren“ oder „Faschisten“ erklärt, was Enteignung und Hinrichtung rechtfertigte. „Faschistisch“ war im neuen Sprachgebrauch alles, was dem Machtanspruch der Kommunisten entgegenstand.

Valko Tchervenkov, hoher Parteifunktionär der Bulgarischen Kommunisten, berichtete Mitte September an Georgi Dimitrov nach Moskau über die Durchführung der Massensäuberungen: „Der Faschismus ist gefallen [...] aber der Kampf ist nicht beendet. [...]. In den ersten Tagen der Revolution wurden spontan die Rechnungen mit unseren bösesten Feinden, die in unsere Hände fielen, beglichen. Nun ergreifen wir Maßnahmen, um dafür die Strafverfolgungsorgane zu engagieren. Der Justizminister arbeitet daran, Volkstribunale zu errichten [...]. Aus bewaffneten Gruppen von Parteimitgliedern und Komsomolzen werden stillschweigend Stoßtrupps für besonders verantwortungsvolle Aufgaben aufgebaut.“<sup>10</sup>

In einem Brief vom 17. Oktober 1944 bestätigte der spätere bulgarische Ministerpräsident seinerseits das gewalttätige Vorgehen der Kommunisten: „Die Verräter, die Provokateure, die Feinde werden gnadenlos bestraft. Dem Feind ist ein sehr starker Schlag zugefügt. Unseren Genossen ist es aber nicht gelungen, die Köpfe unserer Feinde in

den ersten Tagen abzuschlagen. Deshalb wurde die Massensäuberung während der letzten zwei Wochen durchgeführt.“

Die „Volksgerichtshöfe“ nahmen schnell ihre Arbeit auf. Sie sollten die Vertreter des alten Systems und Antikommunisten in Schauprozessen aburteilen. Damit sollte sichergestellt werden, dass eine nennenswerte Opposition gegen die Errichtung des Sowjetsystems in Bulgarien erst gar nicht entstehen konnte. Die Verfahren sprachen allen Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit hohn: Chefankläger waren keine ausgebildeten Richter, sondern Parteiaktivisten. Die Angeklagten hatten keine Möglichkeit, sich zu verteidigen, sie erhielten keinen Rechtsbeistand. Später wurde ihr Vermögen beschlagnahmt und ihre Familien - quasi in Sippenhaft - Repressionen ausgesetzt.

Bis Juli 1945 mussten sich mehr als 11.000 Menschen vor den Volksgerichten verantworten, nur knapp 1.500 werden freigesprochen.<sup>11</sup>

Die bekanntesten Personen wurden in Sofia vor Gericht gestellt. Der Prozess begann vier Tage vor Weihnachten und fand im Festsaal des Justizpalastes und zeitgleich in der Aula der Sofioter Universität statt. Angeklagt waren drei Regenten, drei ehemalige Ministerpräsidenten, 26 ehemalige Minister, 122 Abgeordneten des letzten Parlaments von 1940 und acht Berater von Zar Boris. Insgesamt mussten sich 162 Angeklagte vor Gericht verantworten. Sie erschienen vor den Laienrichtern in Sträflingshosen und machten nach der mehrmonatigen Haft einen erbärmlichen Eindruck. Vor dem Gericht demonstrierten Mütter und Witwen gefallener Partisanen für harte Strafen, von der Staatsmacht provoziert oder zumindest geduldet. Sie heizten den Angeklagten mit Sprüchen wie „Hängt die Faschisten“ ein, begleitet von Panzern und Miliz.

Während des Prozesses knickten einige der Angeklagten ein, um ihren Kopf zu retten<sup>12</sup>. Andere wie Prinz Kyrill brachten die Richter in Verlegenheit. Er fragte nach den Paragraphen, nach denen die ihm zur Last gelegten politischen Vorgänge Verbrechen seien. Seine Fragen blieben ohne Antwort, was den Mangel an Rechtsstaatlichkeit und den Charakter als Schauprozess, der nicht das Recht suchte, sondern das gewünschte Ergebnis liefern sollte, eindringlich unterstreicht.

Die Urteile wurden am 1. Februar 1945 verkündet. Das Gericht verhängte einhundert Mal die Todesstrafe. Die Hinrichtungen fanden in der Nacht zum 2. Februar statt. Die Verurteilten schaufelten auf dem Sofioter Zentralfriedhof ihr eigenes Grab bei -19 Grad Kälte. Danach mussten sie sich nackt ausziehen und wurden mit Maschinengewehren erschossen. Prinz Kyrill starb mit den Worten „Es lebe das Königreich Bulgarien!“. Heute erinnert eine kleine Gedenktafel auf dem Friedhof an das Verbrechen.

Andere Verurteilte, denen man nicht habhaft werden konnte, wurden später nach ihrer Festnahme liquidiert, darunter viele Offiziere und mehrere ehemalige Generalstabschefs.

### **3.4 Totale Machtübernahme**

1946 wurde auf einem von den Kommunisten kontrollierten Referendum die Monarchie abgeschafft. Die königliche Familie hatte das Land bereits verlassen. Wenige Monate später erkannten die Demokraten in Bulgarien, dass die Kommunisten die Macht nicht teilen, sondern komplett an sich reißen wollen. Ihre Führer, wie Nikola Petkov, der Vorsitzende der Bauernpartei (Bauernvolksbund), zogen sich daher aus der Regierung zurück. Petkov forderte, dass die Wahlen des Jahres 1946 unter der Aufsicht der Alliierten Kontrollkommission in Sofia stattfinden. Das hätte den Kommunisten die Manipulation er-

schwert, weshalb sie dies ablehnten. Die Wahlen endeten daher mit dem gewünschten Ergebnis für die Vaterländische Front, obwohl Petkovs Partei 101 von 465 Mandaten erringen konnte. Zuvor verlief der Wahlkampf äußerst brutal, zweiundzwanzig Politiker der Opposition wurden ermordet, was britische Beobachter dazu veranlasste, den Wahlkampf mit einem „Terrorfeldzug“ zu vergleichen. So wurde der sozialdemokratische Spitzenpolitiker Krastiu Pastuhov am 26. Juni 1946 festgenommen und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er wurde im Gefängnis erwürgt.

Nach der Wahl wurde der aus Moskau zurückgekehrte Georgi Dimitrov neuer Staatschef.

Petkov, der sich nicht beugen wollte, der Dimitrov als „roten Gauleiter“ bezeichnete und ihn so mit den verhassten Faschisten gleichsetzte, geriet nun in Lebensgefahr. Er erkannte die Machtverhältnisse sehr deutlich. Seine Analyse ließe sich ohne Probleme auch auf andere Staaten des späteren Ostblocks übertragen. Nirgendwo hätten sich die Kommunisten in freien Wahlen an der Macht behaupten können: „Was nützt uns die Gewissheit, dass die Mehrheit des bulgarischen Volkes hinter uns steht, wenn die anderen die Waffen haben?“, sagte er.

Im Februar 1947 wurde der Friedensvertrag mit Bulgarien in Paris unterzeichnet, Anfang Juni zogen die Alliierten aus Sofia ab. Sofort setzte eine Verhaftungswelle ein, die auch Petkov traf. Er wurde als „Hochverräter“ angeklagt und im September 1947 gehängt.

Der Führer der Sozialdemokraten, Kosta Luftschev, musste für 15 Jahre ins Gefängnis. Beide sollten warnende Beispiele für die Opposition sein. Ihr wurde von Dimitrov geraten, endlich zur Vernunft zu kommen und die Regierung nicht weiter zu behindern, sonst würde er sie auch „zum Heiligen Petrus befördern“<sup>13</sup>.

Der Staatssicherheitsdienst beobachtete fortan Oppositionelle, im Oktober 1947 wurden zahlreiche Politiker zwangsausgesiedelt, 721 Mitglieder von Oppositionsparteien verschwanden in den neu eingerichteten Straflagern.

Ein bedeutender Schritt hin zu Diktatur war die Verabschiedung einer neuen Verfassung im Dezember 1947 durch die VI. Große Volksversammlung. Sie machte Bulgarien zur „Volksrepublik“. Die Rechte und Pflichten der Bürger richteten sich nach dem Vorbild der sowjetrussischen Verfassung.

Die Gewaltenteilung war darin endgültig aufgehoben. Das Gewaltmonopol ging auf die Kommunistische Partei über. Sie fundierte ihre Macht durch die Liquidierung missliebiger Personen, der Enteignung des Privateigentums und der erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft. In Bulgarien folgte wie in allen anderen kommunistisch regierten Staaten ein schneller Prozess der Verschmelzung von Staat und Partei, die Kommunisten besetzten alle wichtigen Funktionen. Der Staatsapparat wurde ab Oktober 1944 durch zahlreiche repressive Gesetze und Verordnungen gleichgeschaltet. Die höheren Positionen in der Verwaltung des Landes, aber vor allem die im Justizwesen, wurden neu besetzt, wobei die richtige Gesinnung, weniger das fachliche Können zählten. In allen Lebensbereichen wie der Verwaltung, Wirtschaft, Armee, im Bildungswesen sowie im Geistesleben und der Kultur wurde das Sowjetmodell durchgesetzt. Bilder von Lenin, Stalin, Marx und Dimitrov waren allgegenwärtig.

Es wurde ein System von Straflagern nach sowjetischem Muster gebildet und sofort damit begonnen, die überlebenden politischen Gegner einzuweisen oder Personen, die der Macht im Wege stehen, in die Provinz zu verbannen. Mit Hilfe sowjetischer Berater legte die Kommunistische Partei Bulgariens auf

die Grundlagen ihres Repressionsapparats – der Staatssicherheit.

Doch der Terror richtete sich alsbald auch gegen die eigenen Reihen. Im März 1949 wurde Georgi Dimitrov nach Moskau befohlen. Offiziell handelte es sich um einen Erholungsurlaub. Sein Tod dort wurde Anfang Juli bekannt gegeben, sein Leichnam wurde nach Sofia überführt, wo er - einbalsamiert wie Lenin – in einem Mausoleum besichtigt werden konnte. Ob Dimitrov tatsächlich an seiner Krankheit verstorben oder bei Stalin in Ungnade gefallen war, wofür es Anhaltspunkte gibt, ist bis heute nicht geklärt. Ihm folgte sein ehemaliger Leibwächter und Schwager Vulko Cervenkov als Staatschef. Dieser eröffnete Ende 1949 eine wahre Treibjagd auf vermeintliche Gegner in den eigenen Reihen, die im Verdacht standen, nicht zu hundert Prozent der Linie Moskaus folgen zu wollen. Hunderttausende wurden denunziert, tausende wurden zum Tode, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt. Die Schauprozesse waren denen unter Stalin im Jahr 1937 nicht unähnlich; sie fanden zeitgleich auch in anderen kommunistischen Staaten statt, Bulgarien bildete keine Ausnahme.

Erst nach dem Tod Stalins 1953 lockerte sich der Druck ein wenig. Der VI. Parteikongress wählte den 43jährigen Todor Shivkov zum 1. Sekretär der Partei. Ihm gelang es aber erst 1956, Cervenkov als Regierungschef abzulösen. 1961 schloss er ihn endgültig aus dem Zentralkomitee aus und festigte damit seine eigene Macht. Die Ära Shivkov hatte begonnen.

#### **4. Wirtschaftliche Verluste durch die Okkupation**

Am 28. Oktober 1944 schloss Bulgarien Waffenstillstand mit der Koalition der Hitlergegner. Die SKK wachte über die Einhaltung der Bedingungen. Bulgarien wurde verpflichtet, sowohl die SKK als auch die sowjetische Besatzungsarmee

zu versorgen. Vom 8. September 1944 bis Anfang 1945 belief sich deren Stärke, die zur Front durch Bulgarien marschierenden Truppenteile eingerechnet, auf etwa 600.000 Mann.

Schon vor der Unterzeichnung des Abkommens fasste die Regierung der Vaterländischen Front den Beschluss zur kostenlosen medizinischen Behandlung der sowjetischen Soldaten. Kostenlos war für sie auch die Benutzung aller Verkehrsmittel.

Regierung und Bulgarische Nationalbank wurden gezwungen, der Bevölkerung alle eingetauschten russischen Rubel abzukaufen und sie der SKK zu übergeben. Die Bank bezahlte fünfzehn Leva pro Rubel und übergab der Besatzungsmacht knapp fünf Millionen Rubel unter der Bedingung, dass die sowjetische Seite der Nationalbank den Gegenwert in Lewa erstattete. Moskau tat nichts dergleichen, sondern verlangte, dass die Aktion zum Rückkauf russischer Rubel fortgesetzt wurde. Im zweiten Anlauf wurden noch einmal 2,7 Mio. Rubel angekauft. Die sowjetische Seite weigerte sich, die angelaufene Summe von über 7 Mio. Rubel zu ersetzen mit dem Argument, dass mit ihnen „die sowjetischen Truppenverbände Produkte gekauft hätten, mit denen zu versorgen die bulgarische Regierung verpflichtet gewesen wäre.“

Der SKK wurden eigens für sie konfizierte Luxusautomobile zur Verfügung gestellt, Privathäuser wurden für ihren Bedarf instand gesetzt, es wurden Geldmittel für die sowjetische Militärführung bewilligt und Nahrungsmittelreserven geliefert.

Das Kabinett finanzierte der sowjetischen Armee 1000 Tonnen Tabak. In Besitz genommen wurden auch alle größeren Schiffe und Boote. Die Sowjetarmee requirierte bedeutende Gegenstände, die sie veräußerte.

Am zerstörerischsten für die bulgarische Wirtschaft erwies sich die Erfüllung

der finanzökonomischen Verpflichtungen, die sich aus § 15 des Waffenstillstandsabkommens ergaben. Dieses verpflichtete die bulgarische Regierung, der Armee Geldmittel, Lebensmittel, Waren, Ausrüstung, kostenlose Renovierungen und die Benutzung jedweder Gebrauchsgegenstände zu gewähren, und der SKK jede gewünschte Dienstleistung zu erbringen.

Der Preis der sowjetischen Besatzung für Bulgarien war gewaltig. Die Gesamtsumme belief sich auf mehr als 133 Mrd. Lewa. Obwohl es schwierig ist, präzise den Umfang der getätigten Ausgaben in einer konvertierbaren Währung zu beziffern, kann man von einer Summe von 300 Mio. (damaligen) US-Dollar ausgehen.

Um eine Vorstellung von den kolossalen Aufwendungen zur Unterhaltung der sowjetischen Armee und der laufenden Kosten für die (nicht anerkannte) bulgarische Beteiligung auf der Seite der Alliierten zu bekommen, muss die Summe in Relation zum Staatshaushalt gesehen werden. Das gesamte Nationaleinkommen Bulgariens betrug 1945 141,8 Mrd. Lewa. Die Besatzungskosten überstiegen das Dreifache der Einnahmeseite des Staates von 43 Mrd. Lewa.

Bis Ende Oktober 1946 erreichten die getätigten Ausgaben mehr als 26,1 Mrd. Lewa. Der Bericht der Bulgarischen Nationalbank vom Mai 1947 wies nur unter diesem Paragraphen des Abkommens für Bulgarien eine Ausgabensumme von 35,9 Mrd. Lewa aus. Zusammen mit den Ausgaben für die anderen Punkte des Abkommens stieg die Summe auf 38,9 Mrd. Lewa.

Dies stürzte Bulgarien in eine Finanzkrise. 1946 gelang es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Einnahmen erreichten zwar 39 Mrd. Lewa, die Ausgaben betragen aber 65 Mrd. Lewa.

Wegen der gewaltigen Ausgaben in Verbindung mit dem Krieg und der Er-

füllung des Waffenstillstandsabkommens verringerten sich die Kapitaleinlagen im Produktionssektor drastisch, was eine Wirtschaftskrise hervorrief. Von 46,8 Mrd. Lewa im Jahr 1944 fiel das reale Nationaleinkommen 1945 auf 26 Mrd. Lewa. Die Krise in der bulgarischen Wirtschaft und die internationale Isolation wirkten sich auf den Außenhandel aus. 1945 realisierte das Land nur ein Drittel des üblichen Außenhandelsvolumens. Im Vergleich mit 1939 betrug die Einfuhren nur 20 %, die Ausfuhren 40 %.

Dies veranlasste die SKK jedoch keineswegs, Abstriche zu machen und dem Land Erleichterung zu verschaffen bei den Ausgaben für Versorgung und Unterhalt der sowjetischen Besatzungsarmee.

Um den bei solcher Ausgabenlast sich abzeichnenden Staatsbankrott zu vermeiden, griff die Regierung zu drakonischen Maßnahmen, wie sie noch keine bulgarische Regierung durchgeführt hatte. Eine davon war die Eingrenzung des Geldumlaufvolumens der Banken. Die Operation fand zwischen dem 1. und dem 16. März 1947 statt. Resultat: Die Banken hatten gewaltsam einen großen Teil der verfügbaren Geldmittel der Bevölkerung einkassiert, alte Schatzbriefe, die zuvor wegen ihres bedeutenden Umfangs als Zahlungsmittel benutzt worden waren, wurden aus dem Verkehr gezogen und die Menge der in Umlauf befindlichen Banknoten wurde drastisch reduziert.

Die Lasten dieser Maßnahme trug hauptsächlich die Bevölkerung. Allein von dieser wurden 49,5 Mrd. Lewa eingezogen. Die Stabilisierung der Staatsfinanzen wurde durch Zugriff auf die Ersparnisse der bulgarischen Bevölkerung, verbunden mit einer drastischen Verringerung ihrer Kaufkraft erreicht.

Die Regierung der Vaterländischen Front erwartete, dass sich die Beteiligung Bulgariens an der Seite der Siegermächte

in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs positiv auswirken und den außenpolitischen Status des Landes verbessern würde. Doch weder die vielen an der Front Gefallenen noch die kolossalen wirtschaftlichen Verluste des Landes durch die Versorgungsleistungen für die sowjetischen Besatzer trugen dazu bei. In dem Friedensvertrag, der am 10. Februar 1947 in Paris unterschrieben wurde, erhielt Bulgarien nicht das Statut eines alliierten Landes. Die sowjetischen Gesandten stimmten dagegen.

## Quellen und Literatur

Ангелов Веселин, „Третата национална катастрофа“ – съветската окупация в България 1944-1947 г., изд. „Анико“, С., 2005 г.

Архив на Националната следствена служба, дело №4/1990 г. по описа на Главна прокуратура за разследване на причините за икономическата катастрофа.

Вачков, Даниел, „Изпълнението на финансово-икономическите клаузи на Съглашението за примирие с България от 28 октомври 1944 г.“, сп. „Исторически преглед“ през 2004 г.

Държавна агенция „Архиви, фонд 136 – решения на Министерски съвет.

Куков о. р. полк. Кольо, „Трети Украински фронт в България през септември 1944 г.“, сп. „Военноисторически сборник“, кн. 4, 1984 г.

Огнянов Любомир, „Държавно-политическата система на България 1944-1948 г.“, издателство на БАН, С., 1993 г.

Судоплатов Павел, „Кремъл и Лубянка – спецоперации 1930-1950“, ИК „Прозорец“, С., 2002 г.

Шарланов Диню, „Тиранията“, ИК „Стрелец“, С. 1997 г.

## Deutsche Literatur

Appelius, Stefan: Bulgarien. Europas Ferner Osten, Bonn 2006

Bretholz, Wolfgang: Ich sah sie stürzen. Wien, München, Basel 1955.

Creutzberger, Stefan, Görtemaker, Manfred (Hg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944 – 1949, München 2002.

Geschichte Südosteuropas, hrsg. von Konrad Clewing und Oliver Jens Schmitt, Regensburg 2011.

---

<sup>1</sup> Als Front bezeichnet die Rote Armee eine Heeresgruppe, bestehend aus mehreren Armeen.

<sup>2</sup> Der Kriegszustand begann allerdings erst am 8. September um 18 Uhr, damit die bulgarischen Truppen die Möglichkeit erhielten, sich aus Jugoslawien zurückzuziehen.

<sup>3</sup> Die Delegation besteht aus Dimiter Ganev, Mitglied des Zentralkomitees der Bulgarischen Arbeiterpartei, Prof. Dimiter Michaltschew, ehemaliger bevollmächtigter Minister Bulgariens in Moskau und zwei Vertretern des Militärstabs.

<sup>4</sup> Einige Truppenteile der Schumener Division des bulgarischen Heeres werden entwaffnet. Tage später erhalten sie ihre Waffen zurück.

<sup>5</sup> Am 12. September 1944 wird der Kommandant der 3. Ukraine-Front, General Tolbuchin, durch Erlass Stalins in den Rang eines Marschalls der Sowjetunion erhoben.

<sup>6</sup> In kurzer Zeit wurde eine 450.000 Mann starke Armee zusammengestellt, die auf der Seite der Hitlergegner an der Endphase des Zweiten Weltkriegs teilnahm. Die Verluste der bulgarischen Armee in Zweiten Weltkrieg belaufen sich auf 40450 Mann. Davon

---

sind 8337 Gefallene, 22958 Verwundete und 9155 Vermisste.

<sup>7</sup> Dieses Kapitel basiert im Wesentlichen auf dem Buch von Stefan Appelius, Bulgarien. Europas Ferner Osten, Bonn 2006.

<sup>8</sup> Veltschew hat seit seinem Putschversuch von 1935 fast ohne Unterbrechung im Gefängnis gesessen. Später wird er Botschafter in der Schweiz. Georgi Dimitrov erklärte ihn 1947 zum Volksfeind, da er sich gegen die Vaterländische Front stellte. Veltschew konnte daher bis zu seinem Tod 1954 nicht mehr in seine Heimat zurückkehren.

<sup>9</sup> Angaben des Hauptvolksanklägers vom 3. Juli 1945 zufolge wurden allein zwischen Dezember 1944 und April 1945 11.667 Menschen durch Volksgerichte verurteilt, davon 2730 zum Tode und 1305 zu „Lebenslanger Dunkelhaft“.

<sup>10</sup> Telegramm Nr. 10 des ZK vom 13. September 1944.

<sup>11</sup> Angaben des Hauptvolksanklägers vom 3. Juli 1945 an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei.

<sup>12</sup> Den meisten Angeklagten gelang das nicht. Glück hatte allerdings Ivan Marinov, der letzte Kriegsminister der alten Regierung. Er unterstellte am 8. September die bulgarische Armee der Vaterländischen Front und rettete sich so nicht nur das Leben, sondern sicherte sich auch seine Karriere. Er wurde alsbald Inspekteur der Streitkräfte. Dabei hatte Belgrad wegen Kriegsverbrechen einen Auslieferungsantrag gestellt, der aus Sofia ohne Antwort blieb. Auch seine Verantwortung für die Deportation der mazedonischen Juden war für die Kommunisten in Bulgarien kein Grund, ihn nicht zu fördern.

<sup>13</sup> Der „Bulgarische Bauernvolksbund“ bleibt nach Zerschlagung aller anderen bulgarischen Parteien bestehen, er hatte allerdings keinerlei Macht.